

(ICMPD), Hoher Kommissar der UNO für Flüchtlinge (UNHCR), Ständiges Sekretariat des Übereinkommens zum Schutz der Alpen (Alpenkonvention), Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO), vorläufiges Sekretariat des Donauschutzübereinkommens (DSÜ), Energiegemeinschaft, Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (ICPO-Interpol), Joint Vienna Institute (JVI), Vereinte Nationen, Wassenaar-Abkommen und Agentur der Europäischen Union für Grundrechte bestehen entweder Abkommen oder gesetzliche Regelungen für den Bereich der sozialen Sicherheit. Aufgrund eines Notenwechsels zwischen der Republik Österreich und den Vereinten Nationen ist das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der UNIDO auch auf die Bediensteten jener Ämter der Vereinten

Nationen anzuwenden, die mit Zustimmung der Bundesregierung in Österreich errichtet wurden.

Ein weiterer Vertrag mit der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) in Genf sieht die sozialversicherungsrechtliche Reintegration der bei dieser Organisation tätigen österreichischen Staatsangehörigen vor; für Beamte der Organe der EU (Rat, Kommission, Parlament, Europäischer Gerichtshof und Europäischer Rechnungshof, aber auch für die Beamten der Europäischen Investitionsbank) bestehen gesetzliche Regelungen hinsichtlich der Pensionsversicherung im EU-Beamten-Sozialversicherungsgesetz (EUB-SVG).

Geregelt wurde ebenfalls, dass Bedienstete des Europarates von den österreichischen Sozialversicherungsgesetzen ausgenommen sind, sofern sie dem Sozialversicherungssystem des Europarates unterliegen.

Sicher in den Urlaub

Krankenversicherungsschutz bei Urlaub und Dienstreise

Im Verhältnis zu folgenden 36 Staaten, mit denen Österreich Abkommen über soziale Sicherheit abgeschlossen hat bzw. in denen das EG-Recht wirksam ist, wird der Schutz der sozialen Krankenversicherung auch während des Urlaubs sichergestellt:

*Belgien**, *Bosnien und Herzegowina*****, *Bulgarien**, *Dänemark**, *Deutschland**, *Estland**, *Finnland**, *Frankreich**, *Griechenland**, *Großbritannien**, *Irland**, *Island**, *Italien**, *Kosovo***, *Kroatien**, *Lettland**, *Liechtenstein**, *Litauen**, *Luxemburg**, *Malta**, *Mazedonien*, *Montenegro*****, *Niederlande**, *Norwegen**, *Polen**, *Portugal**, *Rumänien**, *Schweden**, *Schweiz**, *Serbien*****, *Slowakei**, *Slowenien**, *Spanien**, *Tschechien**, *Türkei*, *Ungarn**, *Zypern**

* Staaten, in denen EU-Recht anzuwenden ist.

** Teilweise Suspendierung des Abkommens zwischen der Österreich und Kosovo durch BGBl. III 132/2012 am 6. September 2012, die Bestimmungen über die Anzuwendenden Rechtsvorschriften bleiben weiterhin anwendbar

*** In Montenegro ist nun auch die EKVK verwendbar.

**** In Montenegro, Serbien sowie in Bosnien und Herzegowina ist die EKVK verwendbar; aber dabei ist zu beachten, dass die EKVK am Aufenthaltsort dem in Betracht kommenden Sozialversicherungsträger vorzulegen ist und in eine gültige Anspruchsbescheinigung umgetauscht werden muss.

Den zwischenstaatlichen Betreuungsschein erhalten Arbeiter, Angestellte und Vertragsbedienstete bei ihrem Dienstgeber; Beamten, Gewerbetreibenden, Bauern und Pensionisten wird der Betreuungsschein vom zuständigen Krankenversicherungsträger aus-

gestellt. In jenen Staaten, in denen das EU-Recht wirksam ist, wird die „Europäische Krankenversicherungskarte“ („EKVK“) verwendet, die in Österreich auf der **Rückseite der e-card** aufgebracht ist. Im Falle einer Erkrankung während des Aufenthaltes in einem der vorgenannten Staaten, **in denen die EU-Rechtsvorschriften anzuwenden sind**, ist die „EKVK“ oder die „Bescheinigung als provisorischer Ersatz für die Europäische Krankenversicherungskarte“ („PEB“) ohne Einschaltung des Trägers des Aufenthaltsortes **direkt dem Leistungserbringer** vorzulegen.

In der **Türkei** ist der Betreuungsschein bzw. für **Montenegro, Serbien, Bosnien und Herzegowina** die EKVK bei dem für den Aufenthaltsort in Betracht kommenden Träger – dessen Adresse an Ort und Stelle zu erfragen ist – vorzulegen und in eine im jeweiligen Staat gültige Anspruchsbescheinigung umzutauschen. Mit dieser Bescheinigung können dann ärztliche Hilfe, Medikamente und auch Spitalspflege auf Kosten des zuständigen österreichischen Krankenversicherungsträgers in Anspruch genommen werden.

Führt der Urlaub oder die Dienstreise nicht in einen der oben angeführten Staaten, müssen die dort aus einer Krankenbehandlung erwachsenen Kosten zunächst selbst gezahlt werden. Während bei einem Urlaub der zuständige österreichische Krankenversicherungsträger gegen Vorlage der Honorarnote, der Spitals- bzw. Apothekenrechnung einen Kostenersatz in Höhe jenes Betrages gewährt, der bei einer Erkrankung im Inland aufzuwenden gewesen wäre, ist im Falle einer Dienstreise grundsätzlich der Dienstgeber zur Leistungserbringung verpflichtet.